Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1906

125 (31.5.1906) Erstes Blatt

Visual Library

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.10. In der Expedition und den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Luisenstraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Sprechstunden der Redaktion: 12—1 Uhr mittags. Redaktionsschluß: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg., Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 7 Uhr.

Nr. 125. Erstes Blatt. Karlsruhe, Donnerstag den 31. Mai 1906. 26. Jahrgang.

Unsere heutige Nummer umfaßt 2 Blätter mit zusammen 6 Seiten.

Die Generaldebatte über die Vermögenssteuer

wurde heute zu Ende geführt. Zunächst plaidierte der konservative Abg. Gierich für das Gesetz, obwohl er auch verschiedene Mängel an demselben kritisieren muß. Der Finanzminister versuchte in längerer Rede die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners, unseres Genossen Eichhorn zu widerlegen. Dabei passierte ihm allerdings das Malheur, daß er in verschiedenen Punkten die Ausführungen Eichhorns stützte. Genosse Eichhorn hatte u. a. angeführt, daß wenn man die Einkommen von 3000 bis 9 900 Mk. um 1 Proz., die von 9 900 bis 50 000 Mk. um 1½ Proz. und die über 50 000 Mk. um 2 Proz. steuerlich mehr belastet als bisher, etwa 4—4¼ Millionen herauskämen. Würde man dazu durch eine vernünftige Eisenbahnpolitik die 2 Millionen Dotation sparen, so könnte man die Vermögenssteuer sehr wohl der preußischen ähnlich machen. Der Finanzminister konnte demgegenüber nur entgegenhalten, daß eine 6prozentige Besteuerung des Einkommens nicht durchführbar sei. Den Arbeitern aber belastet man das Einkommen allein durch indirekte Steuern so hoch und noch höher. Sobald es an's Zahlen geht, kommt der Patriotismus der oberen Zehntausend in die Brüche. Zugeben mußte der Finanzminister auch, daß von der Degression bei den landwirtschaftlichen Grundsteuerkapitalien nur 117 Großgrundbesitzer ausgeschlossen sind, etwa 196 000 Landwirte partizipieren an dem 25prozentigen Abzug an den Grundsteuerkapitalien. Ergo, die Argumente des Finanzministers waren nur insoweit zutreffend, als sie gegen seinen Standpunkt sprachen.

Herr Schüler verteidigte seinen agrarischen Standpunkt, wobei er sich die ungeheuerliche Behauptung leistete, die Kaufkraft der Landwirtschaft sei fort und fort zurückgegangen.

Der Bauernbündler Schmidt-Bretten meinte, vom agrarischen Standpunkt müsse man eigentlich gegen das Gesetz stimmen, denn die Landwirtschaft müsse die Kosten tragen. Solche Behauptungen nimmt natürlich niemand ernst, wir glauben, Herr Schmidt selber nicht.

Abg. Heimburger versuchte die Mängel des Gesetzes, wenn auch nicht zu verteidigen, so doch begreiflich zu machen, wobei er anscheinend einige Mühe hatte, seinen agrarischen Gaul im Zaume zu halten. Den Schluß des Rednerreigens machte der nationalliberale Abg. Leiser, der sehr starke Neigungen zum Vollblutagrarier hat und von diesen Gesichtspunkten aus den Gesetzentwurf beurteilte.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters werden die Verhandlungen abgebrochen.

Am Freitag beginnt die Spezialberatung des Gesetzes, die in einer Sitzung erledigt werden dürfte.

•

(87. Sitzung.)

* Karlsruhe, 30. Mai.

Präsident Wilckens eröffnet um 9 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch: Finanzminister Becker und Kommissäre.

Eingegangen ist eine Petition des Stadtrats von Pforzheim, die Erweiterung des Bahnhofs Pforzheim, Ersetzung des Niveau-Ueberganges der Brettener Straße betreffend.

Abg. Gierich (kons.) bedauert, daß die landwirtschaftlichen Betriebskapitalien nicht steuerfrei geblieben. Mit Recht habe man im Hinblick auf die Bauspekulation den vollen Schuldenabzug nicht zugelassen; dagegen hätte dem Wunsche der Hausbesitzervereine nach einem prozentualen Schuldenabzug nachgekommen werden können. Inbezug auf die Progression der Steuer bei den gewerblichen Betriebskapitalien befürwortet Redner eine weitere Progression: bei einem Gesamtwerte von 600 000 Mk. 90 Proz. und bei einem Gesamtwert von 1 Million Mark und darüber 100 Proz. Redner geht im speziellen auf die Verhältnisse in der Mühlenindustrie in Baden näher ein.

Finanzminister Becker: Der Weg der Reform hätte nur gefunden werden können im Uebergang zur Vermögenssteuer. Preußen habe auf diesem Gebiete nur eine Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer geschaffen, da es sich nur um einen kleinen Betrag gehandelt habe; daher in Preußen die hohe Freigrenze, die Steuerfreiheit der juristischen Person und das leichtere Veranlagungsverfahren in Preußen. Noch heute liefere in Baden die Ertragssteuer 2/3 des Aufkommens der Einkommensteuer. In Baden könne man die Vermögenssteuer nicht zu einer Ergänzungssteuer herunterdrücken, sondern man habe darauf bedacht sein müssen, daß die Vermögenssteuer dieselben Dienste leiste wie die Ertragssteuern.

Weiter möchte er betonen, daß von einem festen Steuerfuß nicht gesprochen werden könne. Redner wendet sich dann gegen die Ausführung des Abg. Eichhorn, der aus einer Weiterbildung der Einkommensteuer noch 3¾ Millionen herausholen will. Gewiß sei eine Revision der Einkommensteuer geboten im Sinne einer schärferen Besteuerung der großen Einkommen, wenn man sich auch gewisse Einschränkungen auferlegen müsse, um die Volkswirtschaft nicht schwer zu schädigen. Die Regierung habe die Haushaltungsgegenstände um deswillen nicht hineingezogen, weil mit der Vermögenssteuer nur das Vermögen getroffen werden solle, das seiner Natur nach rentabel sei und weil die Fatierung eine sehr schwierige sei. Die Befreiung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals von der Steuer sei darauf zurückzuführen, daß einem Betriebskapital von 4—500 Millionen Mark eine Schuldenlast von 500 Millionen gegenüberstehe. Gegen den Beizug in einem gewissen Umfang, wie ihn die Kommission vorgesehen, habe die Regierung nichts einzuwenden. Was den vollen Schuldenabzug betreffe, so müsse doch betont werden, daß die Vorteile, die auch der verschuldete Besitzer aus dem Staate ziehe, einen Steuerbeizug rechtfertigten. Die Einführung einer allgemeinen Freigrenze wie bei der Einkommensteuer sei nicht zu empfehlen, denn eine solche sei keine Forderung einer sozialen Notwendigkeit und aus finanziellen Gründen zu verwerfen, denn eine Freigrenze von 5000 Mark würde eine Erhöhung des Steuerfußes unbedingt zur Folge haben. Was nun die kleinen und mittleren Gewerbe betreffe, so genössen dieselben vollständig die Vorteile des Gesetzes ohne jede Einschränkung. Wenn man für die Gewerbetreibenden eine Freigrenze von 3000 Mark schaffe, so fielen 82 600 Gewerbetreibende mit einem Betriebskapital von 42 Millionen aus, während die Gesamtzahl nur 57 000 betrage. Man dürfe auch hier die Einkommensteuer nicht als Vergleich heranziehen.

Bedauern müsse er die in der Kommission zur Annahme gelangte degressive Behandlung der landwirtschaftlichen Steuerkapitalien, besonders, daß man noch von 20 auf **25 Proz.** hinaufgegangen sei, was für den Staat durch die Erhöhung um 5 Proz. einen Ausfall von 60 000 Mk. bedeute, während für den einzelnen der Nutzen ein sehr geringer sei; der finanzielle Ausfall betrage bei dieser degressiven Behandlung der ländlichen Steuerkapitalien 360 000 Mk.

Abg. **Schüler** (Zentr.): Die jetzige Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen sei ihm wesentlich sympathischer als die Regierungsvorlage, wenn auch hier die Landwirtschaft noch wenig berücksichtigt sei, deren Rentabilität sich auf höchstens 2 Proz. belaufe. Wenn der Staat sich nach Steuerquellen umsehe, so möchte er die Fahrnisversicherung in entsprechende Erinnerung bringen. Der Unterschied zwischen dem ländlichen und gewerblichen Betriebskapital sei ein großer, denn Zweidrittel des Jahres seien die ländlichen Betriebsmittel totes Kapital, so daß man nur den verschiedenen Verhältnissen Rechnung trage, wenn man die ländlichen Betriebskapitalien befreit hätte. Aus den Reden Eichhorns habe geradezu ein Haß gegen die Landwirtschaft gesprochen, während bei der Landwirtschaftsdebatte die Sozialdemokratie ihr Interesse für die Landwirtschaft in den Vordergrund gestellt. Die beiden großen wirtschaftlichen Parteien machten auch heute wieder das Gesetz, man brauche also auch das schwarze Kraut im Garten Deutschlands, um etwas zustande zu bringen. Was werde geschehen, wenn eine Partei einmal beiseite stehen wolle. Er werde für das Gesetz stimmen.

Abg. **Lehmann** (Soz.):

Ich will es vermeiden, den Spuren des Abg. Schüler über die Rentabilität der Landwirtschaft zu folgen. Hier handelt es sich um die Vermögenssteuer. Das besser rentierende Vermögen wird entsprechend von der Einkommensteuer erfaßt. Durch das Gesetz soll zunächst nicht mehr als bisher aufgebracht werden. Es war erklärlich, daß die verschiedenen Berufe die Lasten gegenseitig abzuwälzen versuchten. Wir sind von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Reform unserer Einkommensteuer die Vorbedingung für die Reform der Vermögenssteuer sein müßte. Der Grundsatz der Leistungsfähigkeit muß der Eckstein jeder Steuergesetzgebung sein. Es hat sehr lange gedauert, bis dieser ganz selbstverständliche Grundsatz einigermaßen anerkannt wurde. Spätere Generationen werden die von uns hier vertretenen Ansichten nicht mehr belächeln.

Die Vermögenssteuer sollte lediglich eine Ergänzungssteuer sein. Der vorliegende Gesetzentwurf entspricht keineswegs den Ansprüchen, die man an ein solches Gesetz zu stellen hat. Das Zentrum hat seine Zwecke bei diesem Gesetz erreicht, obwohl es die teilweise Besteuerung der landwirtschaftlichen Betriebskapitalien hat mit in Kauf nehmen müssen. Die nationalliberale Partei hat dem Zentrum nachgegeben. Die Folge solcher Kompromisse ist eine allseitige Mißstimmung, denn solche Gesetze befriedigen niemanden.

In Preußen hat Miquel die Situation seinerzeit geschickt ausgenützt. Es erfolgte dort eine grundlegende Reform, die das vorliegende Gesetz bei uns aber nicht bringen wird. Der Finanzminister hat gemeint, in Preußen seien die Verhältnisse ganz anders gelegen, da dort die staatlichen Betriebsverwaltungen große Ueberschüsse abwerfen. Der Finanzminister vergißt, daß es immer die Personen und nicht die Objekte sind, welche die Steuern bezahlen. Durch eine schärfere Progression bei der Einkommensteuer können auch wir in Baden die Vermögenssteuer nach preußischem Muster machen. Dadurch, daß dieses Gesetz mit einer möglichst großen Mehrheit angenommen wird, wird es nicht besser, nur die Zahl der Mitschuldigen wird größer. Der Schuldabzug muß bei einer Vermögenssteuer ein vollständiger sein. Der Minister meinte, dann würden in Karlsruhe etwa 14 Proz. der Häuser von der Vermögenssteuer verschont. Ja, es soll doch keine Häuser-, sondern eine Vermögenssteuer gemacht werden. Die auf den Häusern ruhenden Hypotheken werden doch von dem Hypothekengläubiger versteuert. Daß die landwirtschaftlichen Betriebskapitalien steuerfrei bleiben sollen, ist eine Inkonsequenz. Das hat der Finanzminister zugegeben. Wenn darauf verwiesen wird, daß es mit dem landwirtschaftlichen Betriebskapital eine andere Bewandtnis hat, als beim gewerblichen, so kann das bei der Vermögenssteuer keine Rolle spielen. Herr Schüler meinte ferner, die landwirtschaftlichen Maschinen würden nicht so ausgenützt, wie in der Industrie und im Gewerbe. Es gibt auch in der Industrie und im Gewerbe Maschinen, die nur kurze Fristen hindurch ausgenützt werden. Ich erinnere an die Zeitungsrotationsmaschinen. Und wie stehts mit den mit Maschinen arbeitenden Molkereien? Solche Gründe, wie sie Herr Schüler angeführt hat, können also nicht maßgebend sein. Die Besteuerung eines Teils der landwirtschaftlichen Betriebskapitalien und der Haushaltungsfahrnisse beruht auf einem Handel. Die Sozialdemokratie hat in diesen beiden Fragen den Ausschlag gegeben. Der Finanzminister meinte, wir könnten nicht nach Belieben vorgehen, denn wir lebten nicht auf einer Insel. Dieses Argument holt die Regierung immer nur dann hervor, wenn es ihr gerade in den Kram paßt. Der Abg. Mayer hat gemeint, daß durch die Besteuerung der Haushaltungsfahrnisse in erster Linie die kunstgewerblichen Arbeiter geschädigt werden. Diese Auffassung ist sehr irrig. Das Bedürfnis nach Luxus dürfte durch die Fahrnisbesteuerung nicht zurückgehen. Wenn übrigens das trotzdem der Fall ist, so werden die Kapitalisten ihr Geld doch nicht im Strumpf aufbewahren, sondern irgendwie gewinnbringend anlegen. Uebrigens ist die Zahl der in der Luxusindustrie Beschäftigten heute eine verhältnismäßig sehr große. Es wurde wiederholt behauptet, die landwirtschaftlichen Grundstücke seien vielfach zu hoch eingeschätzt. Ein schlüssiger Beweis dafür ist nicht vorgebracht worden. Leider sind die Nationalliberalen in diesen Fragen vor dem Zentrum Schritt für Schritt zurückgewichen, bis sie schließlich hereingefallen sind. Der Finanzminister selbst hat zugegeben, daß nur 117 landwirtschaftliche Grundbesitzer von der geplanten steuerlichen Degression ausgeschlossen sind. Ich kenne die Gründe nicht, welche die Nationalliberalen zu diesem Schritt bewogen haben. (Abg. Kolb: Die blasse Angst!) Bei den Gewerbesteuerkapitalien hat man die Grenze der Steuerfreiheit nicht auf 3000 Mk. hinaufsetzen können, weil die Nationalliberalen es nicht wollten. Und in welch schreiendem Kontrast steht dieses Verhalten der beiden großen Parteien zu der viel gerühmten Handwerkerfreundlichkeit? Ich möchte hoffen, daß diese Steuerreform, die durchaus Stückwerk ist und niemand befriedigt, keinen Abschluß bildet, sondern daß die Regierung baldmöglichst an eine Reform unserer Einkommensteuer herantritt. Würden alle Einkommen in ihrer vollen Höhe zur Fatierung gelangen, wir würden ganz erheblich mehr Einnahmen haben. Wo absichtlich falsche Einschätzungen gemacht werden, sollte die ganze Strenge des Gesetzes zur Anwendung kommen. Wir werden, falls unsere Anträge abgelehnt werden, gegen das Gesetz stimmen. Daß man die landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften mit nicht mehr als 50 000 Mk. Betriebskapital steuerfrei läßt, den Arbeiterkonsumvereinen dieses Entgegenkommen aber nicht gewährt, zeigt den arbeiterfeindlichen Geist der großen Parteien. Die Arbeiter werden sich das merken. Wenn die Großkapitalisten über die Progression jammern, so erwidere ich, daß die Aussperrung der Metallarbeiter an einem Tag mehr kostet, als die Mehrbelastung durch die neue Vermögenssteuer beträgt. (Bravo!)

Abg. **Schmidt** (B. d. L.) glaubt, daß trotz alledem die Zeche die Landwirtschaft zu tragen habe. Nicht zu bestreiten sei auch, daß die landwirtschaftlichen Grundstücke zu hoch eingeschätzt seien, deshalb bedauere er, daß die Abschreibung nicht überall stattfinde, sondern bei 80 000 Mk. aufhöre. Unrichtig sei auch, daß bei den landwirtschaftlichen Grundstücken der Verkehrswert durchaus nicht dem Ertragswert entspreche. Er werde deshalb das Gesetz ablehnen.

Abg. **Heimburger** (Dem.): Er habe das Wort ergriffen, um den Ausführungen Eichhorns über das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft entgegenzutreten. Wenn man die Vorlage nur vom theoretischen Standpunkt beurteile, so finde man manche Fehler des Entwurfs, die in der Praxis aber doch eine mildere Beurteilung zulassen. Er müsse aber auch bestreiten, daß das Gesetz einen hyperagrarischen Charakter trage und wenn heute die Industrie wesentlich mehr Steuern als in den siebziger Jahren zahle, so sei dies doch wohl auf die außerordentliche Entwicklung zurückzuführen. Vom neuen Zolltarif, für den er übrigens nie geredet, habe die badische Landwirtschaft keinen Nutzen gehabt; heute handle es sich um die mittleren und kleinen Bauern, für die er stets eingetreten sei, die in diesem Gesetz durchaus nicht so ungeheuerlich entlastet würden, wie die Sozialdemokraten immer hinzustellen suchten. Die Degression im Abzug bei den Schätzungen könne er im Interesse des mittleren Bauernstandes nur begrüßen; von einem hyperagrarischen Zug der Vorlage könne also nicht gesprochen werden, jedenfalls auch nicht, wenn man die Schmidtsche Rede gehört, die gegen die Vorlage gelautet, weil sie zu wenig agrarisch.

Abg. **Leiser** (natl.) tritt für die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen ein.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird die Generaldebatte geschlossen und die Spezialberatung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Schluß der Rede des Abg. Eichhorn.

Sitzung vom 29. ds. Mts.

Abg. Eichhorn (fortfahrend):

Die Regierung hat sich nun auf den Standpunkt gestellt, daß sie eine reine Vermögenssteuer nicht einführen könne. Sie hat selbst erklärt: es ist kein Vermögenssteuergesetz, sondern ein vermögenssteuerähnliches Gesetz und es zwingt uns die historische Entwicklung, nicht auf ein reines Vermögenssteuergesetz zu kommen, etwa nach preußischem Muster. Wenn der Regierung so sehr am historischen Herkommen gelegen ist, so wundere ich mich nur, warum die Regierung sich gerade im Einkommensteuergesetz nicht an die historische Ueberlieferung gehalten hat und einer Reform des Einkommensteuergesetzes nicht jenes Klassensteuergesetz vom Jahre 1820 zugrunde legt, das zu einem Steuersatz von 16⅔ Proz. des Einkommens ansteigt. Was ist nun aber erst in der Kommission aus diesem Gesetzentwurf geworden? In der Kommission ist dieser Gesetzentwurf nach meinem Dafürhalten noch ganz wesentlich verschlechtert worden, und zwar derart, daß es für unsere Partei unmöglich ist, für den Gesetzentwurf, wie er sich gestaltet hat, zu stimmen. Das Zentrum ist von vornherein an den Vermögenssteuergesetzentwurf mit der Absicht herangetreten, aus dieser Vermögenssteuer ein Geschenk für die Agrarier zu machen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Diese Absicht, die Landwirtschaft zu entlasten, die Absicht, für die Agrarier ein Geschenk aus der Vermögenssteuer herauszudrechseln, die ist nun in einer ganzen Reihe von Anträgen zum Ausdruck gekommen. Da aber die Möglichkeit, eine Nachschätzung herbeizuführen, nicht gegeben war, legte man sich dann fest auf den Antrag, den die Kollegen vom Zentrum gestellt haben, eine Abschreibung von 20 Proz. bei allen klassifizierten Grundstücken zu machen.

Weiter kommt dann die einseitige Progression hinzu, die allerdings auch schon die Großh. Regierung vorgeschlagen hat, die aber in der Kommission noch gesteigert wurde, durch dieselbe sollte ebenfalls eine Entlastung der Landwirtschaft mittelbar dadurch eintreten, daß bei höherem Ertrag, der aus dem Gewerbe herausgeholt wird, der Steuerfuß niedergehalten werden kann. Zu diesem Kapitel gehört auch die Bindung des Steuerfußes, die verhindern will, daß die Landwirtschaft, die man jetzt schon außerordentlich begünstigt, später etwa zu einem höheren Steuerfuß herangezogen wird.

Fragen wir uns nun einmal: hat wirklich die Landwirtschaft in Baden einen solchen exorbitanten und ausnahmsweisen Schutz notwendig, wie er hier von Zentrumsseite in das Vermögenssteuergesetz hineingebracht worden ist? Ich bestreite das auf das allerentschiedenste! Ich bestreite nicht, daß unsere kleine Landwirtschaft nicht auf Rosen gebettet ist, ich bestreite aber, daß, auch einschließlich der mittleren und kleinen Landwirtschaft, besondere Ursache besteht, schwere Klagelieder anzustimmen über zu schwere Belastung durch Steuern. Wenn eine Neukatastrierung eintrat, wenn eine Aenderung in dem Steuerwesen vorgenommen wurde, dann ist regelmäßig dabei die Landwirtschaft begünstigt worden, man hat ihr Konzessionen gemacht. Als die Neukatastrierung in den 50er Jahren eintrat und zum erstenmal in Wirksamkeit trat, wurde geantwortet mit einer Herabsetzung des Steuerfußes von 44 auf 28 Pf. Im Jahre 1883 wurde die Herabsetzung weiter geführt von 28 auf 26 Pf., im Jahre 1892, als die Einkommensteuer ihre Wirksamkeit voll zur Geltung brachte, von 26 auf 15 Pf. Dabei haben sich die Ausgaben in Baden seit 1870 außerordentlich gesteigert, und angesichts dieser Ausgabensteigerung haben wir eine fortdauernde Minderung des Steuerdrucks gerade für die Landwirtschaft zu verzeichnen.

Und wie ist es bei der Gewerbesteuer? Die paßt sich natürlich dem wirklichen Wert und damit den Schwankungen der wirtschaftlichen Lage an. Im Jahre 1850: 1 093 000 Mk., im Jahre 1880: 2 781 000 Mk., im Jahre 1900: 1 464 000 Mk. Die Gewerbesteuer ist in den 20 Jahren von 1880 bis 1900 ganz wesentlich, beinahe um die Hälfte, zurückgegangen. Die Agrarier würden nun sagen: das ist natürlicherweise eine Begünstigung des Gewerbes. Nein, umgedreht liegen die Dinge. (Sehr richtig!) Früher bis 1880 wurden nämlich die landwirtschaftlichen Betriebe mit zur Gewerbesteuer herangezogen; dann hat man der Landwirtschaft wieder ein Geschenk gemacht und hat die landwirtschaftlichen Betriebe aus der Gewerbesteuer herausgenommen und dadurch kommt es, daß nun der Ertrag der Gewerbesteuer sich nur auf 1 464 000 Mark beläuft.

So sehen Sie auf Schritt und Tritt, durch die ganze Entwicklung hindurch, daß man fortdauernd die Landwirtschaft, das fundierte Einkommen, begünstigt hat, daß sie an der hohen finanziellen Verantwortung und an den Lasten, die vom Staate zu tragen waren, nicht teilgenommen hat.

Nun kommt man und sagt: Ja, die Landwirtschaft ist nun einmal nicht rentabel! Der Herr Kollege Schüler guckt mich schon so verschmitzt an und denkt wohl .... (Abg. Schüler: Ich wundere mich nur, daß die Herren nicht alle Landwirtschaft treiben. — Beifall beim Zentrum, — Heiterkeit — Lachen bei den Sozialdemokraten). Ich habe Ihnen schon in der Kommission gesagt, ich wundere mich, daß Sie nicht schon längst die Landwirtschaft aufgesteckt haben, wenn Sie sich so schlecht dabei stehen und daß Sie nicht schon längst zu uns gekommen sind, die wir uns in dieser „gesicherten Lebensstellung" befinden. (Zuruf von Zentrumsseite: Geschmacksache! Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Sie klagen — wir klagen nicht (Lachen und Widerspruch.) (Abg. v. Mentzingen: Es geht uns auch schlecht.) Aber Herr Kollege von Mentzingen ... (Glocke.)

Präsident Dr. **Wilckens** (unterbrechend): Ich bitte, diese Zurufe zu unterlassen. Erfahrungsgemäß tragen Zwischenrufe bei dem Herrn Abg. Eichhorn nur dazu bei, daß sich seine Reden bedeutend verlängern. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abg. **Eichhorn** (fortfahrend): Auf einen Zuruf des Herrn Kollegen von Mentzingen muß ich doch eingehen. Er hat gemeint, wir trieben ja gar nichts anderes, als klagen! Wir für unsere Person haben noch gar nie geklagt, wenn es uns auch schlecht geht. Wenn wir aber hier die Mißstände besprechen, unter denen die Kreise zu leiden haben, die wir vorzugsweise vertreten, dann sind das nicht Klagen, das ist der Ton der Entrüstung über die elende Lage, in der sich die Arbeiter noch befinden, die in unseren Aeußerungen erklingt. (Zurufe.) Wir haben noch nie bei der Regierung um ein Almosen gebettelt — wir wollen nur die Ausbeutung beseitigt haben, unter der die Arbeiter leiden. Das ist etwas ganz anderes wie diejenigen Klagen, die die Groß-Agrarier vorbringen, die sich am allerliebsten auf den Staatssäckel legen möchten, um von der Allgemeinheit erhalten zu werden. (Widerspruch beim Zentrum.)

Es ist eine völlige Verschiebung der Gesichtspunkte, aus denen eine Vermögenssteuer beurteilt werden muß, wenn man immer mit der Rentabilität kommt. Die Rentabilität drückt sich in der Einkommensteuer aus, und hier haben wir wieder den Beweis, daß unsere Landwirtschaft auch bei der Einkommensteuer begünstigt worden ist; in der Denkschrift über die Belastung der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch die Einkommensteuer, die im Jahre 1896 dem Landtag zugängig gemacht worden

ist, ist mitgeteilt, daß die reine Landwirtschaft nur 11,1 Proz. zum Erträgnis der Einkommensteuer beiträgt. Landwirtschaft und Gewerbe tragen 28,7 Proz. zu der Einkommensteuer bei — und die Einkommen aus den Ausstellungsverhältnissen, aus freier Berufsarbeit und Löhnen, die tragen 56,1 Prozent zu der Einkommensteuer bei. Ja, da haben Sie ja nun wieder den Beweis, wie überall, auch hier, wo die Rentabilität in Frage kommt, die Landwirtschaft entlastet wird. (Zurufe: Weil sie nicht rentiert!) Dazu kommt dann noch die Entlastung in der Vermögenssteuer! Wollen Sie denn doppelte Entlastung haben? Soll man Ihnen zu Ihrem Besitz vielleicht noch etwas dazu geben? (Zuruf des Abg. v. Mentzingen: Nein!) Sie möchten womöglich, daß die Vermögenssteuer so gemacht wird: Im ersten Teil eine Belastung der andern — und im zweiten Teil dann ein Geschenk an die Agrarier. (Zurufe, Heiterkeit.)

Ich glaube, aus alledem nachgewiesen zu haben, daß die Landwirtschaft eine solche Geschenkpolitik, eine solche Bereicherung nicht notwendig hat, und es ist darum doppelt unverständlich, wie man den Mut haben konnte, zu beantragen und darauf zu bestehen, daß die landwirtschaftlichen Betriebsfahrnisse freibleiben sollen, eine Forderung, die schon die großh. Regierung aus Rücksicht auf die Agrarier, erhoben hatte und wie man dazu kommen konnte, die weiteren Forderungen zu erheben: 20 Proz. Abschreibung, Bindung des Steuerfußes, Beschränkung des Schuldenabzuges beim Gewerbe usw. usw.

Das allerschlimmste ist nun, daß die Nationalliberalen, die im ersten Moment, wie es schien, die agrarische Interessenpolitik nicht mitmachen wollten, sich später zu Vasallen dieser agrarischen Ausbeutepolitik machten. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Sie haben Anträge eingebracht, die wohl im Wortlaut anders sind, die aber in der Sache dasselbe bedeuten, wie die Forderungen des Zentrums.

Wodurch ist diese einseitige Steuerpolitik denn gerechtfertigt? Hätten Sie wirklich den guten Willen gehabt, die Schwachen zu schonen, dann hätten Sie unseren Anträgen zugestimmt und die Steuergrenze für die unteren Vermögen hinaufgesetzt. Dann hätten Sie die Kleinen geschützt, aber nicht den Schutz einer einzelnen Erwerbsgruppe betrieben. Diesen Schutz verdienen die Kleinen alle. Womit will man rechtfertigen, daß man das landwirtschaftliche Betriebskapital unter 20 000 Mk. freiläßt, aber das Betriebskapital des kleinen Schuhmachers und Schneiders von 1000 Mk. ab bereits faßt? Wir haben beantragt, die Freiheit für kleine Handwerker wenigstens auf 3000 Mk. zu bemessen, aber der Antrag ist abgelehnt worden. Zunächst haben sich die Nationalliberalen — ich will das feststellen, um der Wahrheit die Ehre zu geben — halb und halb für die Petition der Gewerbvereine erklärt, haben sogar auch die Frage der 3000 Mk. in ernste Erwägung gezogen; dann kam's zu den 2000 Mk. und schließlich ist auch der Antrag, die Grenze bei 2000 Mk. zu ziehen, abgelehnt worden, und heute zieht man den kleinen Schuhmacher und Schneidermeister, der ein kleines Betriebskapital von 1000 Mk. hat (wenn er etwa noch ein kleines Häuschen oder sonst was hat, wird er dort nochmals herangezogen) zur Steuer heran.

Wir haben es bei uns mit einer ausgesprochenen kleinen Landwirtschaft zu tun. 27 000 Betriebe verfügen über 5 bis 10 Hektar, 12 000 über 10 bis 100 Hektar und nur 117 haben über 100 Hektar; nur diese 117, und die noch nicht einmal vollständig, werden frei bleiben von jeglicher Abschreibung, sonst fällt die ganze badische Landwirtschaft einschließlich der größeren Betriebe von 5 bis 100 Hektar in diesen Abzug, und ich frage Sie wieder, was das für eine Berechtigung hat?

Ich verstehe eine solche Politik vom Zentrum. Das Zentrum baut seine ganze Macht auf die ländliche Bevölkerung auf, und das Zentrum hat natürlich, wenn es einfache Machtpolitik treibt — und die hat es immer getrieben und wird es immer treiben — die Aufgabe, möglichst zu sehen, daß es den ländlichen Wählern irgendwelche Vorteile zuführt.

Ich vertrete auch einen ländlichen Kreis, und meine Wähler nennen sich mehr oder weniger auch Landwirte, gehen zwar vielfach zur Fabrikarbeit, aber treiben auch Landwirtschaft nebenbei. Es ist kein einziger darunter, der irgendwelchen erheblichen Vorteil von einer solchen Politik hat, wie sie da getrieben wird. Der Hauptgewinn fällt den Großen anheim, bei denen solche rechnerischen Maßregeln und Ergebnisse ganz bedeutend ins Gewicht fallen.

Nun sagt man freilich, die Politik, die wir da vertreten, die kleinen Vermögen frei zu lassen und die großen kräftig heranzuziehen, das sei eine Politik, die sich mit der Ethik nicht vertrage. Warum wollen Sie dann die Landwirtschaft in diese unethische Lage bringen, daß sie vergißt, für den Staat beizutragen? (Heiterkeit; lebhafter Widerspruch im Zentrum.) Sie trägt ja nichts zur Einkommensteuer bei! (Lebhafte Zwischenrufe; Glocke des Präsidenten.) Ertrag haben Sie ja nicht in der Landwirtschaft; die ist ja nicht rentabel, wie von allen Seiten gesagt wird. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Nun ist weiter die Ausrede gebraucht worden, die Kleinen darf man nicht freilassen aus Rücksichten auf die Gerechtigkeit, um für ihre Rechte ihnen auch gewisse Pflichten aufzuerlegen. Nun, soweit Gemeinderechte z. B. in Frage kommen, so haben die Kleinen davon sehr wenig und zum Teil gar nichts. (Zurufe.) Wir haben ja das Gemeindewahlrecht bereits nach dem Besitz gestaltet. Wenn dort der Besitz ausschlaggebend ist für das Maß der Rechte, dann soll man auch nicht kommen mit solch billigen Gründen, die Leute sollen für ihre Rechte auch irgend etwas zahlen. Wenn zwei oder drei Mark keine Rolle spielen beim Landwirt, was spielen dann die zwei oder drei Mark für eine Rolle bei dem Landwirt, dem man von den Betriebsfahrnissen schon 12 000 Mk. von 20 000 Mk. abstreicht, dem man durch die Abstriche bei den klassifizierten Grundstücken ein weiteres direktes Geschenk macht?

Es ist eine alte, törichte Redensart, wenn man uns sagt, wir seien die Schützer der Großkapitalisten. Die Streiks und Lohnkämpfe der Arbeiter zeigen zur Genüge, wie wir das Großkapital „schützen"; aber das steht fest, daß die industrielle Entwicklung einen Fortschritt bedeutet, daß sie für Deutschland, das in seiner ganzen Eigenart sich zum Industriestaat auswächst, geradezu eine Lebensfrage ist, der man nicht hemmend in die Zügel fallen darf. Wenn nun die Steuer die Tendenz bekommen sollte, dieser industriellen Entwicklung Zügel anzulegen, um auf Kosten der Industrie etwa die große Landwirtschaft zu bereichern, dann würde ich natürlich nicht mitmachen und nicht zustimmen können. Aus diesem Grunde kann ich auch jetzt schon erklären, daß wir einem Antrag zustimmen würden, den vielleicht der Herr Kollege Mayer einzubringen beabsichtigt, wonach bei einem Steuerfuß von mehr als 10 Pf. die Progression nicht mehr für die Erhöhung des Steuerfußes eintritt.

Der Zweck der gewerblichen Progression ist der, daß das Gewerbe nicht eine direkte Erleichterung erfährt; heute zahlt es einen Steuerfuß von 15 Pf., künftig einen von 10 Pf. nach der vorläufigen Berechnung. Es würde eine Begünstigung der Großindustrie sein, wenn ihr Steuerfuß um ein volles Drittel ermäßigt würde. Hierin soll ein Ausgleich eintreten und darum die Progression. Deswegen haben wir, obwohl nachdem Sie die allgemeine Progression abgelehnt haben, für diese Progression gestimmt, um diese Begünstigung für die Großindustrie nicht eintreten zu lassen. Aber wir haben keine Veranlassung, über diesen Ausgleich hinaus noch zugunsten der Agrarier die Großindustrie zu belasten (Abg. Frühauf: Sehr gut!). Und wenn der Steuerfuß über 10 Pf. gehen soll, dann soll wenigstens mit dem Werte an Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig besteuert werden. Ich würde einen solchen Antrag begrüßen; denn nach den Kommissionsbeschlüssen hätte jede Erhöhung des Steuerfußes über 10 Pf. unter Beibehaltung der einseitigen Progression eine einseitige Belastung des Gewerbes zur Folge.

Man hat weiter unsere Wünsche selbst dort, wo sie sich auf rein gemeinnützigem Boden bewegten, nicht berücksichtigt. Dabei ist die nationalliberale Partei mit dem Zentrum um die Wette gegangen. Wir haben für die Genossenschaften, ganz besonders für die Konsumvereine und Baugenossenschaften, eine wesentliche Erleichterung haben wollen. Das sind gemeinnützige Einrichtungen. Ich frage Sie, wird Ihnen denn nicht klar, wie ungerecht es ist, auf der einen Seite der Landwirtschaft Vorteile in Hülle und Fülle zuzuschanzen, und den Grundbesitz zu schützen mit allen Mitteln, während Sie andererseits dem kleinen Mann, der in den Konsumvereinen organisiert ist, um an den hohen Preisen der täglichen Lebensmittel ein paar Pfennige zu sparen, die Erleichterung dadurch versagen, daß Sie die Vermögenssteuer auch von den Konsumvereinen erheben? Das ist doch geradezu ungeheuerlich, und es ist nur dadurch zu verstehen, daß Sie keinen Begriff haben, wie ungerecht eine solche Politik in den Arbeiterkreisen wirken kann! Wie bescheiden ist der Wunsch, daß das halbe Dutzend Konsumvereine, die in Baden bestehen, — es sind kaum 10 000 Mitglieder in diesen Konsumvereinen, aber es sind Arbeiter, die Aermsten, — daß man diese Konsumvereine freiläßt von der Vermögenssteuer! Und auf der anderen Seite reicht man den Großgrundbesitzern, die Hunderte Hektar besitzen, Geschenke zu, soviel sie nur haben wollen!

Ich brauche kaum noch zu erwähnen, daß man natürlich auch die Zivilliste ganz freiläßt von der Vermögenssteuer. Den Kleinbesitz läßt man nicht frei, die Konsumvereine, die Baugenossenschaften, die werden herangezogen; die Zivilliste aber, die Riesenvermögen werden freigelassen, wie sie auch von der Einkommensteuer freigelassen werden. Eine zwingende Veranlassung dazu liegt nicht vor. Zivillisten- und Apanagengesetz schreiben beide nicht vor, daß Zivilliste und Apanagen von Steuern freizulassen sind. Es ist diese Befreiung gleichwohl in alle Steuergesetze aufgenommen worden. Das Verhältnis ist jedenfalls dasselbe. Es gehört aber zur modernen kapitalistischen Ethik, daß man die Leute, die in Masse besitzen, freiläßt und von den kleinsten das bißchen noch nimmt, was sie besitzen.

Daß die Kirche hier mit der Zivilliste Arm in Arm marschiert, ist selbstverständlich. Zu jeder Zeit hatte die Kirche einen guten Magen und konnte sehr viel Gut vertragen, unrechtes und rechtes. (Heiterkeit.) Sie lachen darüber, es ist aber so. Die Vertreter der Kirche hätten eigentlich verlangen sollen, daß die Kirche nicht von der Vermögenssteuer freigelassen wird; statt dessen haben sie noch einen harten Kampf geführt, daß auch noch die Pfarrhäuser von der Steuer freibleiben sollen.

Das alles sind Mängel, die hier in die Vermögenssteuer hereingekommen sind, die es uns schlechterdings unmöglich machen, für ein solches Gesetz zu stimmen. Wir müssen die Vaterschaft für diese Vermögenssteuer ablehnen, wir wollen aber auch nicht Hebammendienste dabei leisten, wir wollen nicht mitgehen auf dieser Bahn steuerlicher Gesetzgebung, denn sie entspricht allem, nur nicht den Grundsätzen einer fortgeschrittenen steuerlichen Gerechtigkeit. (Beifall bei den Soziald.)

Badische Politik.

Ein redseliger Herr

ist der Malscher Pfarrer Dorbath. Wir haben in unserer Samstagnummer den eifrigen Jünger im Weinberge des Herrn etwas unsanft auf die Finger geklopft, weil er sich in echt christlicher Unduldsamkeit erdreistet hatte, von dem Volksfreund als von dem Schandblatt zu reden. Er nimmt nun in der Dienstagnummer des Beobachter das Wort und mengt dabei unseren Artikel und frühere Volksfreundnotizen mit Vorkommnissen in Malsch in einer Weise durcheinander, daß kein Leser annehmen wird, dieses schauderhafte Zeug habe ein Pfarrer geschrieben; aber unter dem Artikel steht zu lesen: Fr. Dorbath, Pfarrer. Es muß also wahr sein. Uns interessiert an dem ganzen Elaborat nur folgender Satz:

> Ich will dem Volksfreund gestehen, daß ich über diese Taten keine Reue empfinde, sondern daß sich diese Taten in meinen Augen für einen Seelsorger von selbst verstehen.

Der Beobachter bemerkt zu dieser politischen Tätigkeit des kath. Amtsbruders: Sehr gut! Er segnet also die infame Hetze des kath. Geistlichen gegen den Volksfreund. Nun, wir huldigen nicht dem christlichen Prinzip: So dich einer auf die rechte Backe schlägt, reiche ihm auch die linke hin! Wir halten es lieber mit dem frisch-fröhlichen Kampf und stellen das eifernde Toben katholischer Geistlicher wider den Volksfreund nach wie vor an den Pranger der Oeffentlichkeit. Das mag sich gefälligst auch Herr Pfarrer Dorbath merken.

Bleibt er?

Der Mannheimer Polizeidirektor Schäfer ist von seiner Urlaubsreise zurückgekehrt und wird in acht Tagen sein Amt wieder antreten.

Und was geschieht seitens der Liberalen?

Aergerlich verzeichnet das liberale Heidelberger Tagblatt, daß die Ausbreitung der sozialdemokratischen Jugendorganisationen in Baden und in der Pfalz rasch vor sich gehe. Das Blatt bemerkt:

> Zwischen den Sozialdemokraten und den katholischen Gesellenvereinen ist ein wirklicher Wettbewerb um die aus der Schule kommenden jungen Leute entbrannt. Und was geschieht seitens der Liberalen?

Nun, seitens der Liberalen schimpft man höchstens über die Anmaßung der beiden Parteien und — schläft weiter!

Abwarten.

Wir hatten jüngst erklärt, es sei fraglich, ob die Sozialdemokratie sich im Hinblick auf die jetzige Taktik der Nationalliberalen zu einem neuen Kompromiß, wie es das Stichwahlabkommen war, verstehe. Darauf antwortet der badische Korrespondent der Straßburger Post:

> Die Kündigung des „taktischen Wahlbündnisses" seitens der Sozialdemokraten, wenn man sich ihnen nicht zu Füßen legen wolle, wird auf liberaler Seite keinen Schrecken erregen, vielmehr viele mit Freude erfüllen, die auf liberaler Seite eine ebenso große Abneigung gegen eine Wiederholung eines Abkommens empfinden, wie eine solche bei der Sozialdemokratie vorhanden ist.

Nun, allzu groß dürfte diese Freude nicht sein. Der Korrespondent dieses liberalen Blattes weiß jedenfalls sehr genau, daß die Sozialdemokratie beim Nichtabschluß eines Bündnisses weniger zu verlieren hat, wie der Block. Die Probe aufs Exempel würde unsere Behauptung beweiskräftig erhärten.

Das stellt auch eine Korrespondenz der Köln. Volksztg., des rheinischen Zentrumsblattes, fest. Da wird ganz offen gesagt: „Eine Verschiebung von wenigen Dutzenden von Stimmen würde in vielen Bezirken genügen, dem Zentrum und den Konservativen die Oberhand zu verschaffen. Auf ein solches Exempel können es die Nationalliberalen nicht ankommen lassen, ohne der Gefahr völliger Zerreibung sich auszusetzen."

Nun, liberale Herrschaften, wie schmeckt diese Pille?

Deutsche Politik.

Sozialdemokratische Kolonialpolitik

hat ein ganz anderes Gesicht, als die Politik, die wir jahraus jahrein von den Kolonialfexen, wie dem Kolonial-Bureaukratismus und -Militarismus betrieben zu sehen gewohnt sind. Bei uns ist nicht von Herausforderung und blutiger Bestrafung der unglücklichen Eingeborenen die Rede, wir wollen, wenn schon die Wüsteneien nicht aufgegeben werden sollen, mit allen Mitteln der Humanität eine wirkliche Beruhigung und Gewinnung der Eingeborenen herbeiführen.

Noch am letzten Tage der Reichstagsverhandlungen, gleich nach den Debatten, die so helles Licht auf die Tätigkeit der hinter den Kulissen regsamen Hände warfen, kam ein sozialdemokratischer Antrag, eine Resolution, zur Erörterung, dahingehend:

> „Den Reichskanzler zu ersuchen, er wolle dafür sorgen, daß in der Kolonie Südwestafrika den Eingeborenen ein zu ihrem Lebensunterhalt in selbständigen Wirtschaftsbetrieben ausreichender Landbesitz zugesichert werde, um auf dieser Grundlage die Rückkehr friedlicher Zustände in der Kolonie und die schleunige Zurückziehung der dort bisher zu kriegerischen Operationen erforderlichen Truppen zu ermöglichen."

Wie wir das meinen, begründete unser Genosse Ledebour in ebenso knapper, wie überzeugender Weise. Einer der schwersten Fehler — so führte er aus — ist es, daß die sogenannten aufständischen Eingeborenen mit der Konfiskation ihrer Ländereien bedroht worden sind. Gerade deswegen wollen noch heute viele Hereros und Hottentotten nichts von der Unterwerfung wissen, denn sie glauben, daß sie Reservate bekommen, die für ihre Existenz nicht ausreichen, so daß sie bei der Regierung oder bei weißen Farmern arbeiten müssen, also ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mehrheit des Hauses hat nicht den Bahnbau nach Keetmanshoop für das wichtigste Mittel gehalten, den Krieg schnell zu beendigen, wohl aber würde das geschehen, wenn die Eingeborenen Vertrauen auf eine gerechte Behandlung seitens der Kolonialverwaltung hätten und Zustände erhoffen könnten, bei denen sie ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit wieder erringen könnten. Wenn in der von uns angeregten Weise verfahren wird, ist die Möglichkeit für eine Truppenreduktion in ganz kurzer Zeit gegeben. Wir halten den gegenwärtigen Moment für besonders geeignet, in dieser Richtung vorzugehen, damit alles geschieht, um dem Blutvergießen ein baldiges Ende zu bereiten. (Lebhafter Beifall.)

Die hohe Bedeutung dieser Ausführungen und der sozialdemokratischen Resolution wurde nahezu auf allen Seiten des Hauses anerkannt, wie der freisinnige Abgeordnete Dr. Müller-Sagan ausdrücklich bestätigte. Der Reichstag — dieser Reichstag! — nahm denn auch ohne weitere Debatte die Resolution an — mit alleiniger Ausnahme der Konservativen, die sich damit selbst und ihre Blut- und Eisenpolitik gerichtet haben.

Eine kleine Amnestie

gab es in Sachsen zum Geburtstag des Königs. Es wurden 64 Strafgefangene, darunter solche, die schon mehrere Jahrzehnte im Zuchthaus saßen, begnadigt.

Der Austritt aus der Landeskirche

und die lebhafte dahingehende Bewegung, die namentlich in Berlin in letzter Zeit einsetzte, fängt an den pastoralen Hütern der preußischen Landeskirche

Von Ibsens Lebensgang.

Henrik Ibsens äußeres Leben ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Der am 20. März 1828 zu Skien Geborene kam zunächst in Grimstad zu einem Apotheker in die Lehre. In diesen Jugendjahren schloß er sich mit Begeisterung den revolutionären Ideen an und gab ihnen in einem Drama Catilina (1850) kräftigen Ausdruck. Von Grimstad siedelte Ibsen nach Christiania über, um dort Medizin zu studieren. Daneben beschäftigte er sich lebhaft mit Literatur, altnordischer Geschichte und Volkskunde und schrieb, beeinflußt vornehmlich durch die Dramen der dänischen Dichter Oehlenschläger und Hertz, eine ganze Reihe von Schauspielen. Da wurde er 1851 zu seiner Freude als Leiter des Theaters nach Bergen berufen. Im folgenden Jahre unternahm er eine Reise nach Kopenhagen und Dresden, beobachtete dort Heiberg und Devrient in ihrer Tätigkeit als Theaterleiter und gewann daraus mannigfache Anregungen und Belehrungen für sein eigenes dramatisches Schaffen. Dies förderte von nun an Schlag um Schlag Werke zutage, die seinen Namen in aller Welt berühmt machen sollten. Im Jahre 1855 erschien Frau Inger von Oestraat, 1856 Das Fest auf Solhaug, 1858 Nordische Heerfahrt, 1862 Komödie der Liebe, 1864 Die Kronprätendenten. Inzwischen war Ibsen (1857) zum Direktor des Norwegischen Theaters in Christiania berufen worden. Aber nur wenige Jahre blieb er in dieser Stellung. Sein dichterisches Schaffen nahm mehr und mehr alle seine Kräfte in Anspruch, und das wachsende Bekanntwerden seiner Schauspiele gab ihm auch die äußere Möglichkeit, sich nun völlig der dramatischen Produktion zu widmen.

Auf die romantischen und geschichtlichen Schauspiele seiner Jugendjahre folgten nun die Kampfstücke, in denen er sich mit den Verhältnissen seines Heimatlandes befaßte. Doch sie entstanden außerhalb seines Vaterlandes, denn ein 1864 erhaltenes Reisestipendium gab Ibsen die Möglichkeit, in das Ausland zu reisen. Und so hielt er sich nun in der folgenden Zeit in Rom, Dresden und München auf. 1866 erschien sein Drama Brand, 1867 Peer Gynt, 1869 Der Bund der Jugend. Dieses letzte Werk zeigt zum erstenmale Stil und Richtung der Schauspiele, denen Ibsen vor allem seinen Ruhm verdanken sollte. Bevor er aber weiter auf diesem Wege ging, vollendete er das schon früher begonnene Schauspiel Kaiser und Galiläer (1873), sein letztes historisches Werk.

Nun folgen die Schauspiele, in denen Ibsen das gesellschaftliche Leben der Gegenwart, mit eiserner Unerbittlichkeit die Wahrheit gegen die Lüge setzend, abspiegelt: 1877 Stützen der Gesellschaft, 1879 Nora, 1881 Gespenster, 1882 Ein Volksfeind, 1884 Die Wildente. Ihnen schließen sich die Werke der letzten beiden Jahrzehnte an, in denen das psychologische und schließlich das symbolische Element immer stärker reifend in den Vordergrund treten: 1886 Rosmersholm, 1888 Die Frau vom Meere, 1890 Hedda Gabler, 1892 Baumeister Solneß, 1894 Klein Eyolf, 1896 John Gabriel Borkman, und endlich 1900 Wenn wir Toten erwachen. Neben diesen Schauspielen hat Ibsen noch eine Anzahl von Gedichten veröffentlicht, die teils geschichtliche Vorgänge, teils persönliche Stimmungen und Erlebnisse behandeln.

Ibsens Werke, vor allem seine Dramen, sind in zahlreiche Kultursprachen übersetzt worden. Die beste deutsche Ausgabe der Ibsenschen Werke ist die von G. Brandes, J. Elias und P. Schlenther besorgte, die im Laufe der letzten Jahre erschienen ist. Die Literatur über Ibsen ist bereits sehr groß.

Ibsens letzte Tage waren ein allmähliches Hinüberdämmern in den ewigen Schlaf. Der Tod trat ein, ohne daß der Dichter das Bewußtsein, welches in letzter Zeit infolge eines Schlaganfalles getrübt war, wieder erlangt hatte.

Kleines Feuilleton.

Das läßt tief blicken. Im Hofer Anzeiger steht folgendes Inserat:

> „Welche vermögende Dame bezw. Herr schenkt jungem, bildhübschen, hochtalentierten Künstler
>
> **100 Mark**
>
> zur Vollendung seiner Studien. Gefl. Off. erbitte unter „Eos . . . . ." an die Exped. dieses Blattes."

Zu welcher Gegenleistung verpflichtet sich der „bildhübsche" Künstler? Die „vermögende" Dame wird doch für ihre 100 Emmchen auch was haben wollen.

G. K. **Vesuvstaub in Paris.** Es ist schon mehrfach berichtet worden, daß Vesuvrauch in Zürich vom 11. April an häufig gesehen wurde, ja, daß man sogar in Kiel durch Staubanalysen Vesuvstaub festgestellt hat. Auch in Paris zeigte sich am Morgen des 11. April ein gelblicher Höhenrauch, der zuerst so dicht war, daß er sogar die Schiffahrt auf der Seine erheblich beeinträchtigte. Die Sonne bot dabei einen ganz eigenartigen Anblick. Herr Meunier in Paris vermutete zwischen diesem Höhenrauche und dem Vesuvausbruche einen Zusammenhang. Zur Entscheidung dieser Frage ordnete er auf dem Dache seines Wohnhauses am Quai Voltaire mit Glyzerin bestrichene Platten an, um damit den niederfallenden Staub aufzufangen und festzuhalten. Nach längerer Zeit wusch er die Platten mit Wasser ab und untersuchte nach der Scheidung des Bodensatzes und des Wassers den ersteren. Schon das bloße Auge ließ erkennen, daß der Satz aus Rußteilchen und anderen organischen Substanzen bestand. Ein Vergleich des mikroskopischen Befundes mit demjenigen von Vesuvstaub, der von dem Ausbruche des Jahres 1822 herrührte, bestätigte die Identität beider vollkommen. Man erkennt daraus, daß durch Vulkanausbrüche Staubmengen in die Luft gewirbelt werden, die merkliche Färbungen der Atmosphäre bis in ganz ferne Gegenden bewirken. Es steht zu erwarten, daß die bekannten farbenprächtigen Dämmerungserscheinungen sich in erhöhtem Maße zeigen werden.

Humoristisches.

Schulhumor. In der Naturgeschichtsstunde werden die Haustiere durchgenommen. Am Schlusse seines Vortrages fragt der Lehrer: „Also, Fritzchen, welches unter den Tieren ist der treueste Begleiter des Menschen?", worauf Fritzchen die prompte Antwort gibt: „Der Floh."

•

Im Herzen Berlins. Stengel und Posadowsky sitzen schon seit Tagen im Eckfenster des Café Bauer und spähen in das Straßengewühl. Sie sind auf dem Ausguck nach neuen Gegenständen, die besteuert werden könnten!

•

Ein ultramontaner Fanatiker sprach in einer Volksversammlung vor einer äußerst intelligenten Zuhörerschaft. „Und dann verehrte Anwesende, ist es gar nicht gleichgiltig, ob ein Mensch nur seine Eltern mordet oder ob er in gemischter Ehe lebt!" (Jugend.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Neue Zeit. (35. Heft.) Moderne Titanenkämpfe. Von Paul Umbreit. — Ibsen. 20. März 1828 — 23. Mai 1906. Von Henriette Roland-Holst. — Zur Taktik der Sozialdemokratie. Eine Ergänzung. Von Otto Geithner. Tischler. — Arbeitslöhne und Dirnentum. Von Dr. A. Blaschko. — Ueber Arbeitslöhne und Dirnentum. Eine Entgegnung von Therese Schlesinger-Eckstein.

Gleichheit. (Nr. 11.) Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aussperrungsepidemie. Von J. Reitze. — Ehe und Sittlichkeit. III. — Kinderarbeit und Kinderschutz. Von Käthe Duncker. — Notizenteil: Dienstbotenfrage.

Frauen-Beilage: Auf dem See. Von Wolfgang Goethe (Gedicht) — Unsere Gesundheit: 11. Ordnung. Von Dr. Adams-Lehmann. — Die Mutter als Erzieherin.

Spielplan des Großh. Hoftheaters.

Freitag, 1. Juni. Zum Gedächtnis Henrik Ibsens: Einleitungsmusik. Hierauf: Die Stützen der Gesellschaft. Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

gehörigen Schrecken einzujagen. Das hat sich auf der Kreissynode Berlin-Stadt gezeigt. Es wurde zwar von einigen Rednern versucht, die Bewegung als geringfügiger Natur zu bezeichnen, aber Herr Adolf Stöcker, der Wahrheitsfreund, sagte doch annähernd richtig, wie die Dinge stehen und welches Unglück sie bei den Gescheiterten hervorrufen. Er führte u. a. aus:

„Die Lage ist weit gefährlicher und die einzelnen Punkte sind weit aufreizender als früher. Es kommt schon vor, daß ein Meister zusammen mit 17 oder 18 Gesellen austritt, daß ein ganzes Haus von Familien den Austritt erklärt. Auch die psychologische Situation ist anders als früher; früher hatten die Stadtmissionare bei ihren Besuchen in den Familien der Austretenden noch Erfolg, jetzt aber stoßen sie auf Wut, Haß und Erbitterung. Zweifellos hat die jetzige Bewegung einen viel stärkeren und bösartigeren Charakter als früher."

Und selbst der Vizepräsident des preußischen Oberkirchenrats v. d. Goltz meinte, es handle sich hier um eine „sehr ernste Sache", die Bewegung wirke „fressend, zersetzend und zerstörend".

Die Zugeständnisse aus solchem Munde sind beachtenswert und für uns erfreulich. Gerade so mußte es kommen.

Aus der Partei.

S. V. Aue, 28. Mai. Nächsten Samstag findet eine außerordentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, in welcher neben der Erledigung wichtiger interner Angelegenheiten auch über eine Jugendorganisation beraten werden soll. Parteigenossen! Erscheint vollzählig, damit die mißlichen Parteiverhältnisse am Ort einmal gründlich besprochen und beseitigt werden können.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Schopfheim, 30. Mai. Nach zweitägiger Dauer wurde der Gipserstreik beendet; der Tarif wurde in der Hauptsache anerkannt und gilt bis 1. April 1907. Heute Mittwoch wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Mannheim, 30. Mai. Die Lohnbewegung der Friseure ist beendigt. Die beiden Teile einigten sich auf einen Lohn von 19.50 Mk. wöchentlich. Kost und Logis wird abgeschafft.

Aussperrung.

Die Kündigung der Metallarbeiter für den 2. Juni ist in Mannheim, wie gestern von uns schon angekündigt, zurückgezogen worden. Es findet in Mannheim also keine Aussperrung statt.

Aber nicht nur den Mannheimer Metallindustriellen ist die ganze Geschichte lästig. Die Widerstände der größeren Zahl der Industriellen sind so groß geworden, daß der Gesamt-Scharfmacher-Verband sich heute vollständig auf dem Rückzuge befindet.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller versandte nämlich gestern Nachmittag folgende Mitteilung:

„In der Sitzung des Vorstandes vom 29. Mai d. J. wurde festgestellt, daß die streikenden Gießereiarbeiter der Bezirksverbände Braunschweig, Breslau, Dresden und Hannover ihre Forderung nach Mindestlöhnen zurückgezogen und sich damit abgefunden haben, daß die Arbeitgeber eine Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterorganisation ablehnen. Demzufolge beschloß der Vorstand, daß die auf den 2. Juni d. J. festgesetzte **Aussperrung nicht zur Ausführung kommen soll."**

Badische Chronik.

ô **Ettlingen, 31. Mai.** Gestern Abend 9 Uhr brannte die Wachtersche Mühle vollständig nieder.

— Verunglückt ist ein Gehilfe der Gärtnerei Wenger. Die Verletzungen scheinen erhebliche zu sein.

* **Heidelberg, 30. Mai.** Zur Vergiftungsaffäre. Die in einem hiesigen Hotel nach dem Mittagessen unter Vergiftungserscheinungen erkrankten Personen mußten in's akademische Krankenhaus gebracht werden. Unter den Erkrankten befinden sich die russischen Fürsten Obolensky und Gagarin, sowie etwa 12 Studenten. Auch das Hotelpersonal ist in Mitleidenschaft gezogen. Lebensgefahr besteht für die Erkrankten nicht. Es sind im ganzen 15 Personen erkrankt, darunter auch die Frau des Hoteliers. Gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet. — Nach einer späteren Meldung befinden sich die Erkrankten bereits wieder auf dem Wege der Besserung.

Gemeindezeitung.

Durmersheim, 28. Mai. Eine sehr gut besuchte Versammlung am letzten Sonntag des nachmittags beschäftigte sich aus Anlaß der bevorstehenden Bürgerausschußwahl mit Gemeinde-Angelegenheiten. Genosse Redakteur Huth-Karlsruhe gab einleitend einen Vortrag über allgemeine sozialdemokratische Tendenzen in der Gemeindepolitik, ging des Besonderen dabei auf Schulfragen, Kirchenfragen, Beerdigungswesen, Wohnungswesen, Steuerfragen und Gemeindebesitz-Fragen ein und versuchte, nach Möglichkeit sie in Beziehung zu den Verhältnissen in Landgemeinden, insbesondere in Durmersheim zu setzen. Diese Gesichtspunkte hob des Schärferen noch der mit solchen Fragen vertrautere Genosse Rastetter von Daxlanden, der mit Genosse Huth zusammen erschienen war, hervor. Beide berührten auch eine Frage, die z. Zt. die Gemeinde Durmersheim ziemlich stark beschäftigt und der nach fast ausschließlich die an die Referate sich anschließende über eine Stunde währende Diskussion gewidmet war. Der Gegenstand ist übrigens von allgemeinerem Interesse.

Die Gemeinde hat nämlich eigenen Wald, der u. a. auch sehr gute und reichliche Moosstreu liefert. Bis vor kurzem galt nun in der Gemeinde die Uebung, daß diese Moosstreu unter alle Bürger zu gleichen und möglichst gleich guten Teilen verteilt wurde. Wer kein eigenes Vieh hat, verkaufte seinen Teil und der Erlös diente vielfach zu sehr merklichen Erleichterungen, z. B. zur Deckung erheblicher Teile des Mietezinses. In diesem Jahre wurde plötzlich das System geändert. Geteilt wurde das Moos zwar auch, aber die Teile wurden versteigert und die Bürger, die kein Vieh haben, durften nicht einmal mitsteigern, sie erhielten überhaupt kein Moos. Den Viehbesitzern aber wurden Moosteile schon um wenige Pfennige, die außer jedem Verhältnis zum Wert der Ware sind, zugeschlagen; es wurden 30, 25, 20, meist nur 10 Pf., ja sogar von einem Gemeinderat nur 5 Pf. bezahlt. Zu diesem Unrecht hat man gleich noch ein zweites gefügt: das Erträgnis der Teile, die den Nicht-Viehbesitzern hätten zukommen müssen, wurde nicht etwa diesen Bürgern zugeführt, ja das Gesamt-Erträgnis wurde nicht einmal als Bürgernutzen verteilt, in welchem Falle ca. 7 Mk. auf den Bürger entfallen wären, sondern es wurde der Gemeindekasse zugeführt. Nach Meinung der einen ist damit überhaupt nichts weiter von diesem Geld zu erwarten, nach Meinung anderer sollen die betreffenden Anteile auf die Umlagen verrechnet werden. Sehr richtig wurde aber vom Genossen Herrmann bemerkt, daß dann also diejenigen, die weniger wie 7 Mk. oder gar keine Umlagen bezahlen, von der Verrechnung fast nichts oder gar nichts merken würden. Also auch über die Verwendung dieses Geldes sind die Absichten des Gemeinderats noch dunkel.

Also einmal wurde den Bürgern, die kein Vieh haben, und das sind die ärmeren, hauptsächlich Arbeiter, ein Recht ohne ihre Zustimmung genommen, dann wurde versteigert, was ihnen gehört, überdies läßt man sie nicht einmal mitbieten bezw. mitkaufen, und endlich ist die Frage, ob sie überhaupt noch so oder so Anteil an dem Erträgnis haben, offen, — ganz abgesehen davon, daß die Viehbesitzer auf diese Weise das Moos unter dem Wert erhalten haben. Das ist gewiß viel Unrecht zusammen aufgehäuft. Und doch ist das noch nicht alles. Diese Vergewaltigung, denn das ist es, ist nicht einmal durch einen Beschluß des Bürgerausschusses zustande gekommen. Der Gemeinderat hält sich für befugt, solche Konfiskation des Bürgernutzens, also eine Konfiskation vermögensrechtlicher Ansprüche aus eigener Machtvollkommenheit vorzunehmen und sich gewissermaßen selbst zu segnen: denn im Gemeinderat sitzen nur Viehbesitzer. Ja mehr noch: der Bürgermeister hatte zwar augenscheinlich keine erheblichen Bedenken, aber das sah er doch ein, daß, wenn schon 10 Pf. für einen Teil Moos eine nicht nennenswerte Bagatelle ist, man keineswegs unter 10 Pf. bieten dürfe.

Einem Gemeinderatsmitglied war es vorbehalten, den Schundel noch auf die Hälfte zu reduzieren; er kaufte schon für 5 Pf. Dieses Bild ergab die Diskussion, aus der auch hervorging, daß das Objekt doch bedeutend genug ist, um, abgesehen von dem kränkenden Unrecht, auch die Empfindung der Gekränkten, daß sie erheblich geschädigt werden, verstehen zu lassen. Wenn daher die Einsicht wächst, daß hier Wandel geschaffen werden muß, so werden die Bemühungen der sozialdemokratischen und organisierten Arbeiter, bei den bevorstehenden Bürgerausschußwahlen der dritten Klasse zehn Kandidaten aufzustellen, von denen mit Sicherheit eine energische Vertretung dieser Niederbesteuerten nach sozialdemokratischen Grundsätzen zu erwarten wäre, von gutem Erfolg sein.

Gerügt wurde in der Versammlung auch noch, daß die Wählerlisten bei ihrer Auslegung noch nicht nach Klassen geordnet waren.

Inzwischen ist **die Wahl der 3. Klasse zum Bürgerausschuß für Freitag,** den 1. Juni, also **für morgen** angesetzt worden. Es ist ein starkes Stück, die Wahlen mit so kurzer Frist anzusetzen, daß die Wähler am ersten Tage der Woche noch nicht einmal in Kenntnis gesetzt waren. **Hinter solcher Taktik läßt sich alles vermuten. Die Wähler der dritten Klasse, insbesondere die Arbeiterschaft, hat daher die doppelte Pflicht,** einer solchen Wirtschaft ein Ende zu machen und daher unter allen Umständen **morgen Mann für Mann** zur Wahl zu gehen und **die ganze sozialdemokratische Liste,** die ihnen zugestellt **wird,** ohne jede Ausnahme, zu wählen. (Man ändere nichts an der Liste, sonst richtet man Verwirrung an.) **Der Sieg muß der Sozialdemokratie werden!** Nur so wird es besser!

Aus der Residenz.

* **Karlsruhe, 31. Mai.**

Eine Jugendorganisation

ist gestern Abend im Wahlverein nach einem Referat des Genossen Dr. Frank-Mannheim gegründet worden. Ein Komitee ist mit den weiteren vorbereitenden Schritten betraut worden. Immerhin hat sich schon gestern eine Anzahl Mitglieder gemeldet. Weiterer Bericht morgen.

Der muß es wissen.

Ueber den Ausgang des Schreinerstreiks philosophiert der bekannte Karlsruher Mitarbeiter des Schwäb. Merkur:

. . . Das ist also ein halber Erfolg der Arbeiter, den sie viel früher als nach 3½wöchentlichem Ausstand hätten haben können, wenn die unnützen Drohungen und Großsprechereien unterblieben wären.

Der gute Mann hat seine überflüssige Mahnung an die falsche Adresse gerichtet. Von unnützen Drohungen und Großsprechereien im Lager der Streikenden hat niemand — vielleicht mit Ausnahme des Herrn Ammon — etwas gemerkt. Dagegen hat man sich in Arbeitgeberkreisen der gerühmten Tugenden befleißigt. Davon weiß natürlich Herr Ammon nichts. Für ihn, als dem Vertreter eines großkapitalistischen Blattes, gelten nur die Vorwürfe, welche die Arbeiter belasten. Nun, die letzteren gehen mit einem kühlen Achselzucken über diese ehrenwerten Versuche zur Tagesordnung über.

Von der Standesehre der Aerzte

ist seit Jahr und Tag viel geredet und geschrieben worden und man hält unter Berufung auf dieselbe besonders auch eine bessere Honorierung der Aerzte durch die Kassen für notwendig. Nun möchten wir hier einmal einen Fall erzählen aus der Praxis der Unfallversicherung und daran die Frage knüpfen, wie darüber die Verteidiger der ärztlichen Standesehre denken.

Der Arbeiter J. A. aus Frankenfeld (Pfalz) erlitt am 26. August v. J. im Betriebe des Maurermeisters Karrer in Mühlburg einen Unfall; er stürzte vom Bau aus eine Höhe von etwa 5 Metern in den Keller ab. Der Mann erlitt ziemlich schwere Verletzungen und konnte bis heute noch nicht arbeiten. Mit dem 26. November stellte die hiesige Allgemeine Ortskrankenkasse die Kranken-Unterstützung ein, was sich der Verletzte in Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen stillschweigend gefallen ließ. Er wartet seitdem, also seit vollen 6 Monaten, mit Frau und 7 Kindern auf die Unfallrente. Aber auch bei der Berufsgenossenschaft regt sich nichts. Bäcker und Krämer sind des Kreditgebens überdrüssig, die Familie hat Schulden über Schulden machen müssen. Vor wenigen Tagen kam die Frau des Verletzten auf das Arbeiter-Sekretariat, um Rat zu holen. Dieses fragte bei der Berufsgenossenschaft an, aus welchem Grunde dem Verletzten noch kein Bescheid erteilt sei. Antwort: Der behandelnde Arzt wurde schon wiederholt per eingeschriebenem Brief zur Abgabe des Gutachtens aufgefordert, aber vergebens, bis heute ist das Gutachten noch nicht da und der Arzt wird jetzt, nach der Reklamation des Arbeitersekretariats, vom Bürgermeisteramt seines Wohnorts protokollarisch vernommen.

Das ist einfach ein Skandal. Man läßt Mann und Frau mit 7 Kindern 6 Monate ohne jede Unterstützung, weil der Arzt zu bequem war zur Abgabe seines Gutachtens, Hunger und Elend kehren in einer starken Arbeiterfamilie ein, die Geschäftsleute müssen auf ihr Geld warten. Verträgt sich solche Handlungsweise mit der ärztlichen Standesehre? Wir hoffen, nein!

Der Eingemeindung Rintheims

in die Stadtgemeinde Karlsruhe hat der Bürgerausschuß in Rintheim gestern Abend mit 49 gegen 5 Stimmen zugestimmt.

Achtung, Zimmerer!

In der Bad. Presse werden Streikbrecher durch folgendes Inserat gesucht:

Gesucht 8 tüchtige Zimmerleute und 2 tüchtige Treppenbauer bis 40 Pf., letztere 42 Pf., Stundenlohn.

A. u. H. Rais, Colmarerstr. 99, Mülhausen i. E.

Seit Montag streiken in Mülhausen die Zimmerer. Zuzug nach dort ist also strengstens fernzuhalten. Kein Zimmerer darf sich zum Verräter an seinen Mülhausener Kollegen hergeben.

* **Achtung, Schuhmacher!** In der Pantoffelfabrik Bührer u. Klumpp sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug nach hier ist fernzuhalten.

* **Vorsicht beim Besuch des Wochenmarktes.** Am Dienstag wurde einer Frau auf dem Wochenmarkt (Marktplatz) ein gestrickter Zugbeutel mit 35 Mk. gestohlen.

* **Die weggeworfene Brillantbrosche.** In der Leopoldstraße wurde am 26. Mai aus Versehen mit einem Tischtuche eine Brillantbrosche im Werte von 600 Mk. zum Fenster hinaus auf die Straße geschüttelt, zweifellos gefunden und unterschlagen.

* **Der unterschlagene Brillantring.** Wegen Fundunterschlagung wurde ein 19 Jahre alter Bureaugehilfe aus Daxlanden angezeigt, der einen Brillantring im Werte von 180 Mk. abtreten wollte, den er angeblich anfangs dieses Frühjahrs in einem eleltrischen Straßenbahnwagen auf der Strecke Mühlburgertor—Mühlburg gefunden haben will.

Aus dem Reiche.

Stuttgart, 30. Mai. Vergiftet. Die Familie des Kaufmanns Wolfgang Pleißner, bestehend aus Vater, Mutter und drei Kindern, im Alter von 1½ bis 8 Jahren, wurde heute früh in ihrer Wohnung in der Rotenwaldstraße durch Gas vergiftet aufgefunden. Es liegt zweifellos Selbstmord vor. Sämtliche in der Wohnung befindliche Gashähne waren abgeschnitten und im Gasbadeofen das Abzugsrohr verstopft, außerdem das Gas durch einen Gummischlauch besonders gegen den Boden geleitet worden. Ueber die Ursache der Tat ist bis jetzt nichts Zuverlässiges festgestellt. Meißner, der bis vor kurzem Mitinhaber einer hiesigen Farbfabrik war, lebte dem Anschein nach in günstigen äußeren Verhältnissen, doch nimmt man vielfach an, daß gerade in der materiellen Lage der Grund der Tat zu suchen sei. Ein viertes Kind der Familie befand sich bei Verwandten und ist auf diese Weise dem Tode entgangen.

Würzburg, 30. Mai. Bankier Karl Strohmberg hat sich heute erschossen. Fehlspekulationen werden als Ursache genannt.

Letzte Post.

3 Monate Gefängnis

wurden dem Redakteur Klüß unseres Breslauer Parteiorgans von der dortigen Strafkammer wegen Aufreizung zudiktiert. Der Staatsanwalt hatte „nur" 1 Jahr beantragt.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Soz. Verein, Ausschuß.) Morgen, Freitag, Abend, präzis halb 9 Uhr, bei Rank. 2202

Karlsruhe. (Gruppe Mühlburg.) Samstag, den 2. Juni, abends halb 9 Uhr, Versammlung im Rheinkanal. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet 2196.2.2 Der Obmann.

Aue bei Durlach. (Soz. Verein.) Samstag, den 2. Juni, abends halb 9 Uhr, im Schwanen, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung im Lokal. Vollzähliges Erscheinen der Genossen unbedingt notwendig. 2187.2.2

Daxlanden. (Wahlverein.) Sonntag, den 3. Juni, nachmittags punkt 1 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung im Gasthaus zur Sonne. Um vollzähliges Erscheinen bittet 2192 Der Vorstand.

Freiburg. (Soz. Verein.) Samstag, den 2. Juni, abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung bei Santo. Vollzähliges Erscheinen erwartet 2194.2.2 Der Vorstand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: A. Weißmann; für die Inserate: Karl Ziegler. Buchdruckerei und Verlag des Volksfreund, Geck u. Cie. Sämtliche in Karlsruhe.

Nur 4 Tage!

Extrabillige Schuhwaren

So lange Vorrat.

Diese Preise gelten nur bis einschliesslich Samstag den 2. Juni.

Damen-Schnür- u. Knopfstiefel, Wichsleder Paar 4.85 4.65
Damen-Schnür- u. Knopfstiefel, Boxleder Paar 6.45
Damen-Schnür- u. Knopfstiefel, Box-Calf Paar 6.80
Damen-Schnür- u. Knopfstiefel, Ia. Chevreaux, bes. preiswert, Paar 9.85
Herren-Schnür- und Zugstiefel, Wichsleder Paar 5.45
Herren-Schnürstiefel, Box-Calf, schöne Form Paar 8.85
Herren-Schnür- und Zugstiefel, Wichsleder, genäht Paar 6.45
Herren-Zugstiefel, Box-Calf, schöne Form Paar 8.90

Kinder-Knopfstiefel, Wichsleder, krättig und solide
Größe 23—24 25—26 27—30 31—35
Paar 1.95 2.35 2.95 3.65

Kinder-Schnür- u. Knopfstiefel, rot und braun Ziegenleder
Größe 27—30 31—35
Paar 4.25 4.95

Kinder-Schnür- u. Knopfstiefel, extra prima Chevreaux,
Größe 27—30 31—35
Paar 5.85 6.45

Gummi-Absätze für Damen Paar 45 ₰ für Herren Paar 70 ₰
Schuhleisten . . . . . Paar 1.25

2184

Aus unserer **Putz-Abteilung** nur solange Vorrat

Rundhut sehr elegant, m. reich. Chiffon- und Blumengarnitur. nur 2.95
Fantasie-Toque mit Blumen- und Chiffongarnitur nur 4.25
Diese Hüte sind für den Pfingst-Verkauf extra vorteilhaft zusammengestellt.
Manila-Hut sehr elegant, m. feiner Chiffon- und Flügelgarnitur nur 5.80
Fantasie-Hut chic, jugendl. Form, mit eleg. Band- und Blumengarnitur nur 6.80

Kinderhüte Florentiner mit reicher Seidengarnitur 1.50 Seidenhut mit Rosettengarnitur, alle Farben 1.90
Batisthut mit reicher Stickerei 1.60

Enorme Auswahl in Herren- u. Knabenhüten. Enorme Auswahl in Sport- u. Reisehüten.

Geschw. Knopf.

Abschlag!

Neue Sommer-Malta-Kartoffeln
3 ℔ 40 ₰
Neue Italiener Kartoffeln
3 ℔ 35 ₰
Neue Matjes-Heringe
Stück 8 ₰
Neue Egypter-Zwiebeln
3 ℔ 20 ₰
empfehlen

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Spätjahrsmesse 1906 in Karlsruhe.

Samstag den 9. Juni 1906, vormittags 9 Uhr, werden auf dem Messeplatz die Verkaufsbuden, Waffelbuden, Zuckerbuden und Geschirrplätze für die Spätjahrsmesse 1906 öffentlich an den Meistbietenden versteigert.

Karlsruhe, den 22. Mai 1906. 2179

Die Messe-Kommission.

Bekanntmachung

Der städtische Fischmarkt

wird in der Zeit vom 1. Juni bis mit 31. August eingestellt.

Karlsruhe den 30. Mai 1906.

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion. 2182

Stadtgarten

Freitag, den 1. Juni 1906, nachmittags 4 Uhr

Konzert

von der gesamten Kapelle des
3. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 50
Leitung: Stabstrompeter Schotte.

Eintritt: (Abonnenten **30** Pfg. / Nichtabonnenten **50** Pfg.
Soldaten und Kinder die Hälfte.
Programm 10 Pfg.
Die Musikabonnementskarten bleiben in Geltung. 2186
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt.

2181

Apollo-Theater.

Direktion: Berthold Braunschweiger.
Telephon 2042. Marienstr. 16.

Zu der am 1. Juni beginnenden
grossen internationalen

Ringkampf-Konkurrenz

um den
Grossen Preis von Baden,
Mk. 2000 Siegesprämien,
hat sich soeben als Teilnehmer telegraphisch gemeldet:
Giovanni Raicevich, Champion von Europa,
Gewinner der Weltmeisterschaft Lüttich 1905.

Gewerkschafts-Bibliothek

Pforzheim.

Samstag, 2. Juni ist die Bibliothek geschlossen.

2197.2 **Die Bibliothekkommission.**

Stroh-Hüte

größte Auswahl, neueste Formen, billigste Preise
empfiehlt

Th. Zenker

Kaiserstr. 65, beim Polytechnikum. 1887

2191.3

Südstadt.

Zwicker und Brillen
sowie einzelne Bestandteile
Uhren aller Art
Reparaturen rasch und billig
Wilh. Eckert, Uhrmacher
Marienstraße 20.

Bekanntmachung.

Die Errichtung eines besonderen Obstmarktes in Karlsruhe betr.

Nr. 9822. Nachdem Großherzogliches Ministerium des Innern unterm 25. November 1905 die Genehmigung zur Abhaltung eines Obstmarkts erteilt hat, werden auf Grund des § 2 der als ortspolizeiliche Vorschrift von Großherzoglichem Bezirksamt hier unterm 10. März 1906 erlassenen Obstmarktordnung als Markttage

Mittwoch und Freitag

jeder Woche in den Monaten Juni bis einschließlich November bestimmt.

Der Obstmarkt findet auf dem Marktplatz vor dem Rathaus erstmals am **Freitag den 1. Juni 1906** statt.

Die Marktzeit beginnt um 7 Uhr vormittags und dauert bis 1 Uhr.

Karlsruhe, den 2. Mai 1906.

Der Stadtrat:
2002 Siegrist. Lacher.

Bekanntmachung.

Am **Sonntag den 3. Juni und Montag den 4. Juni** (Pfingsten) werden nachstehende außerfahrplanmäßige **Spätwagen** verkehren:

Ab Durlach bis Rheinhafen 10^{05}, 10^{25}, 10^{35}.
Ab Durlach bis Mühlburger Tor 10^{45}, 10^{55}.
Ab Durlach bis Schlachthof 11^{10}, 11^{20}, 11^{30}.
Ab Rheinhafen nach Durlach 10^{28}, 10^{38}, 10^{50}.
Ab Rheinhafen bis Schlachthof 10^{58}, 11^{08}, 11^{18}.
Ab Grenadierkaserne bis Hauptbahnhof 10^{43}, 10^{48}.
Ab Hauptbahnhof bis Mühlburger Tor 11^{11}.
Ab Mühlburger Tor bis Kühler Krug 10^{16}, 10^{55}.
Ab Kühler Krug bis Schlachthof 11^{00}, 11^{10}.
Ab Kaiserstraße bis Beiertheim 10^{45}, 10^{52}.
Ab Beiertheim bis Schlachthof 11^{00}, 11^{07}.

Karlsruhe den 29. Mai 1906. 2183

Städtisches Straßenbahnamt.

Für Pfingsten

offeriere:

Ein Posten neuester Herren-Anzüge

Serie I	Durchschnittspreis	. . . .	**13** Mk.
„ II	„	. . . .	**17** „
„ III	„	. . . .	**20** „
„ IV	„	. . . .	**25** „
„ V	„	**35** bis	**55** „

(In eigener Werkstätte gefertigt).

Neueste Fantasiewesten, Serie I **3** Mk., Serie II **4.25** Mk., Serie III **7** Mk.

Besichtigung ohne Kaufzwang gerne gestattet und erwünscht.

Anfertigung nach Mass prompt und billig.

L. Gretz, Karlsruhe,
Marienstraße 27, gegenüber der Post.

Adlerstr. 13 **M. Tannenbaum** Adlerstr. 13

Während der Pfingstwoche

Große Preis-Ermäßigung

auf

Herren-Anzüge.

Serie I Anzahlung **3** Mark,
Serie II Anzahlung **5** Mark,
Serie III Anzahlung **8** Mark.

Reichhaltige Auswahl.

Damenmäntel, Kostüme, Kostümröcke etc.

auf

Teilzahlung

Ohne Anzahlung an Kunden.

2201

M. Tannenbaum

13 Adlerstrasse 13.

---

22 Kaiserstrasse 22

Von **Heute** bis **Pfingsten** bietet das

Schuhwarenhaus

22 Kaiserstrasse 22
Jos. David
Grosse
Preis-Ermässigung
auf sämtliche
Schuhwaren.

Gelegenheitskauf!

So lange Vorrat reicht. 2152

Ein Posten Schürzen:

Haus-Schürze . . von **50** Pfg. an
Träger-Schürze . . von **80** Pfg. an
Reform-Schürze . von **1.27** M. an

Julius Löwe, Karlsruhe

Südstadt. * **Werderplatz 25** * Südstadt.

Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Rastatter Spar-Kochherde
lackiert und emailliert.
Gaggen. Gas-Spar-Kochplatten.
Oefen aller Art. Koch- und Haushaltungs-Geschirre, Gasglühstrümpfe u. a. m.
kauft man am billigsten und besten
im Spezialgeschäft
Ernst Marx, Luisenstr. 45.
Gross. Lager. Prompte Bedienung.
1878.10 Katalog gratis.

Sommer-Malta-Kartoffeln
per Pfund 16 Pfg.
empfiehlt
Bernh. Kranz,
Werderplatz 37, Ludwigsplatz 35,
2190 Kaiserstraße 86.

„Freie Turnerschaft"
Freiburg.

Pfingst-Turnfahrt.

Abfahrt: Pfingst-Samstag, abends **halb 11 Uhr** vom Hauptbahnhof, bis Waldkirch, dann Marsch durchs Elztal auf den Farrenkopf ins Kinzigtal bis Biberach. Dort Zusammenkunft mit den Lahrer Turngenossen. Von dort gemeinschaftlicher Marsch über Geroldseck nach Lahr. Heimkehr: Pfingst-Sonntag Abend per Bahn.

Zu dieser interessanten Tour ladet alle Turngenossen sowie Freunde unserer Sache höflichst ein.

2193 **Der Turnrat.**

Zöpfe und Haareinlagen
werden billigst angefertigt; ausgekämmte Haare können dazu verwendet werden. 2176.10
M. Bierreth, Friseur,
Luisenstraße 36.

Zu den bevorstehenden
Pfingst-Feiertagen
empfehle

Strohhüte

2024

in großer Auswahl schon
von 70 Pfg. an

J. Körner

19 Kriegstrasse 19.

---

5 bis 10 Maurer

finden noch Beschäftigung im Akkord oder Taglohn. 2154.1
Albert Langenbach,
Baugeschäft, **Lahr i. B.**

Tüchtige
Schmiede und Stellmacher (Wagner)
finden sofort lohnende Beschäftigung in der 1795.5
Waggonfabrik, A.-G., Rastatt

Fahrrad-Reparaturen
aller Art.
Großes Lager in neuen und gebrauchten Fahrrädern. Reparaturwerkstätte mit elektr. Kraftbetrieb.
J. Streb, Mechaniker,
Leopoldstraße 4 b.

Kinderwagen
(Prinzeßform) billig zu verkaufen.
Klauprechtstr. 22, Hth. 3. St.

Offenburger
Pferde-Lose à 1 M.
Ziehung sicher 7. Juni
Vorteilhafte Gewinnchancen
Die Hälfte der Einnahmen wird zu Gewinne verwandt.
Mk. 25000

16 Pferde	Mk.	11200
34 Kalbinnen u. Rinder	„	8500
u. 350 Gew.	„	5300
Bar GELD		sofort

Sämtl. Gewinne sind mit 80 % in bar auszahlbar.
Los 1 M. (11 Lose 10 Mark / Porto u. Liste 25 Pf
empfiehlt das General-Debit
J. Stürmer, Strassburg i. E. Langstr. 107
In Karlsruhe: 1784.22
Carl Götz, Hebelstr 13/15

In Karlsruhe: J. Heppes, Chr. Frank, L. Michel, E. Dahlemann, E. Flüge, F. Haselwander, J. Meyer.

Wilhelmstraße 28 ist im 4. Stock eine freundliche 2153

Wohnung

von 2 Zimmern, Kammer, Küche und sonstigem Zubehör auf 1. Juli zu **vermieten.** Näheres im Laden.

Ein Gritzner-Fahrrad
noch neu zu **verkaufen.** Jedem Liebhaber ist Gelegenheitskauf geboten.
Wo sagt die Exped. d. Bl. 2185

Lieferung eiserner Einfriedigungspföstchen.

Die Lieferung von 600 Stück T Eisenpföstchen für Einfriedigungen soll vergeben werden. 2188.2

Schriftliche Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift „Lieferung eiserner Einfriedigungspföstchen" versehen **bis 9. Juni d. Js., vormittags 9 Uhr,** anher einzureichen. Die näheren Bedingungen nebst Muster liegen auf unserm Bureau zur Einsicht auf, woselbst auch Angebotsformulare verabfolgt werden.

Karlsruhe den 29. Mai 1906.
Städt. Gartendirektion.

Vergebung v. Bauarbeiten.

Für den Neubau des Schulhauses **in der Göthestraße** sollen die **Zimmer-, Blechner- und Dachdeckerarbeiten** sowie die **Blitzableiteranlage im Wege** der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Die Zeichnungen und Bedingungen sind bis zum **Freitag den 15. Juni d. J., vormittags 11 Uhr,** dem Schluß der Ausschreibung, bei uns einzusehen. 2177.2

Karlsruhe den 29. Mai 1906.
Städt. Hochbauamt.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Todesfälle:

26. Mai: Friedrich Hofmann, Kaufmann, ledig, alt 58 J. Jakob Lenz, Schirmmacher, ein Witwer, alt 60 J. Susanna Eckert, alt 85 J., Witwe des Landschaftsmalers Georg Eckert. Magdalene Streib, alt 46 J., Ehefrau des Ladeobmanns Wilhelm Streib. 27.: Karl Meißner, Oberwerkmeister, ein Ehemann, alt 62 J. Johann Prinz, Schmied, ein Ehemann, alt 58 J. Anna Schmitt, alt 58 J., Witwe des Molkereibesitzers Georg Schmitt. Rosine Heußler, alt 55 J., Witwe des Maurerhalters Jakob Heußler.